

az FREILAMT

AARGAU, WOHLLEN, MURI, BREMGARTEN

Ueli und der Knecht: Stellt die SVP neben Maurer bald einen zweiten Bundesrat?

Wahlkampf Hansjörg Knecht schliesst Kandidatur nicht aus - SVP-Kantonalpräsident hält ihn für ideale Besetzung

VON FABIAN HÄGLER

Bis vor kurzem kannten ihn nur Polit-Insider in Bern - nun steht Hansjörg Knecht ganz oben auf einer Liste der SVP Schweiz mit sieben Bundesratskandidaten. Gegenüber der «Schweiz am Sonntag» bestätigte Parteipräsident Toni Brunner, dass Knecht «tatsächlich im Kreis möglicher SVP-Bundesratskandidaten sei». Der 54-jährige Mühlenbesitzer aus Leibstadt sei ein konzilianter, mehrheitsfähiger Konsenspolitiker, vertrete parteipolitisch jedoch eine klare Linie, sagt Brunner. «Der Weg führt über den Ständerat», hielt der SVP-Präsident fest, der Knecht aufgrund dessen unternehmerischen Erfolge und Führungserfahrung für «absolut geeignet» für das Amt eines Bundesrats hält.

Knecht fühlt sich geehrt

Die az erreicht Hansjörg Knecht kurz vor seiner Ansprache als Schirmherr des internationalen Narrentreffens in Leibstadt. «Es ehrt mich natürlich, dass die Parteileitung der SVP mich auf die Liste der möglichen Bundesratskandidaten gesetzt hat», sagt er. Er habe dies nicht aus der Zeitung erfahren: «Es gab immer wieder Gerüchte über eine Bundesratsliste der SVP, dass die Parteileitung schon frühzeitig solche Abklärungen trifft, war mir bekannt.» Dass er nun auf der Liste stehe, zeigt Hansjörg Knecht, «dass meine Arbeit als Sachpolitiker - sicher vor allem mein Engagement im Energiebereich - geschätzt und registriert wird».

Zurückhaltend äussert sich Knecht auf die Frage, ob er sich eine Bundesratskandidatur vorstellen könnte. «Ich möchte im Herbst in erster Linie einmal Ständerat werden, deshalb konzentriere ich mich voll auf diesen Wahlkampf.» Alles andere komme danach, «darüber mache ich mir im Moment keine grossen Gedanken».

Ständerat keine Voraussetzung

Dass ein späterer Bundesrat vorher Ständerat gewesen sein muss, wie es Toni Brunner in der «Schweiz am Sonntag» sagte, ist für Knecht nicht zwin-



SVP-Bundesratskandidat mit rotem Schal: Hansjörg Knecht war Schirmherr beim internationalen Narrentreffen in Leibstadt. PATRICK ZÜST

gend. «Es gibt zahlreiche Beispiele von Politikern, die vorher nicht im Stöckli waren, sondern über den Nationalrat oder eine Kantonsregierung in den Bundesrat gekommen sind.» Ein prominentes Beispiel dafür ist der aktuelle SVP-Bundesrat Ueli Maurer, der in Bern «nur» im Nationalrat sass.

In der grossen Kammer sitzt seit drei Jahren auch Knecht. Das Nationalratsmandat lässt sich zeitlich mit seiner beruflichen Tätigkeit verbinden. Dies würde auch für einen Sitz im Ständerat gelten - nicht aber für das Amt als Bundesrat. Knecht sagt dazu: «Ich bin mit Leib und Seele Unternehmer und überzeugt, dass etwas mehr unternehmerischer Geist auch dem Bundesrat gut

tun würde.» Knecht ist sich im Klaren darüber, dass er als Bundesrat seine Mühle nicht mehr führen könnte. «Mit solchen Fragen befasse ich mich aber noch nicht», sagt er. Auch im Ständerat brauche es mehr Unternehmer, deshalb gelte sein Fokus voll dem Wahlkampf um einen Sitz im Stöckli.

Burgherr: «Ein idealer Kandidat»

Thomas Burgherr, Präsident der SVP Aargau, ist nicht überrascht, «dass die nationale Parteileitung nun Hansjörg Knecht auf die Liste der Bundesratskandidaten gesetzt hat». Dass Knecht ganz oben auf der Shortlist steht, ist für Burgherr die Bestätigung, «dass wir im Aargau einen Top-Politiker für den

Ständerat nominiert haben». Burgherr ist überzeugt, dass Knecht ein idealer Kandidat wäre. «Ein Mann mit seinem Profil fehlt im Bundesrat: Ein erfolgreicher Unternehmer mit Führungserfahrung, der zurückhaltend und bescheiden ist und sich nicht in den Vordergrund stellt.» Knecht sei kein Polterer und damit in breiten Kreisen wählbar, «dennoch vertritt er konsequent politische SVP-Positionen».

Lob für Knecht gibt es im Aargau nicht nur vom Kantonalpräsidenten. Auch der Badener Nationalrat Luzi Stamm, selber Vizepräsident der SVP Schweiz, sagt: «Wenn Hansjörg Knecht in den Ständerat gewählt wird, ist er natürlich Bundesratskandidat.» Sollten

sich ihre Hoffnungen erfüllen - Knecht also in den Ständerat und später in den Bundesrat gewählt werden - würde die SVP Aargau den Sitz im Stöckli allerdings gleich wieder verlieren. «So weit habe ich noch gar nicht überlegt, aber das wäre ein Problem, mit dem wir gut leben könnten», sagt Burgherr schmunzelnd. In diesem Fall müsste die SVP Aargau für eine weitere Ständeratswahl erneut einen Kandidaten finden - «und dafür gibt es genügend valable Kandidaten in unserer Partei».

Hansjörg Knecht als Bundesrat? Diskutieren Sie mit auf www.aargauerzeitung.ch

«Eine Asylunterkunft gäbe Krieg»: Ammann relativiert seine Aussage

Reinach Sollte der Kanton in seiner Gemeinde ein Asylzentrum planen, «dann gäbe es Krieg». Dies sagte Gemeindeammann Martin Heiz im «Wynentaler Blatt» - nun krebst der FDP-Politiker zurück.



«Das ist keineswegs wörtlich zu nehmen, aber wir würden uns wehren, wenn der Kanton solche Pläne realisieren möchte.»

Martin Heiz
Gemeindeammann Reinach

«Von einer Asylunterkunft ist mir rein gar nichts bekannt - sollte das ein Thema werden, gäbe es Krieg.» So hat sich Martin Heiz, FDP-Gemeindeammann in Reinach, gegenüber dem «Wynentaler Blatt» geäussert. Die Regionalzeitung machte dies prompt zum Zitat der Woche auf der Titelseite. «Ich hätte nie gedacht, dass meine Aussage abgedruckt wird», sagt Heiz auf Anfrage. Man müsse seinen Spruch im Zusammenhang sehen. «Es gab im Dorf einige Gerüchte, dass der Kanton auf einer Wiese im Unterdorf ein Contai-

nerdorf für Asylbewerber plane», erläutert Heiz. Von einem Journalisten des «Wynentaler Blattes» darauf angesprochen, habe er mit der martialischen Aussage reagiert. «Das ist keineswegs wörtlich zu nehmen, ich wollte nur sagen, dass wir uns wehren würden, wenn der Kanton solche Pläne in Reinach realisieren möchte», betont Heiz.

Kanton: «Derzeit keine Pläne»

Er ergänzt, Reinach erfülle die Aufnahmeobligation für Asylbewerber, mit den Flüchtlingen in zwei kantonalen und einer kommunalen Unterkunft gebe es keine Probleme. «Ich weiss nicht, woher das Gerücht im Dorf kam und bin auch überzeugt, dass der Kanton allfällige Pläne für eine grössere Unterkunft mit uns besprechen würde», betont Heiz.

Balz Bruder, Leiter Kommunikation beim kantonalen Departement Gesundheit und Soziales, sagt auf Anfrage: «Es gibt derzeit keine Pläne für eine Containersiedlung für Asylbewerber im Unterdorf in Reinach.»

Ensi-Mahnwachen

SP Aargau reicht Einsprache gegen Demonstrationsverbot ein

Auch heute Abend werden sich Heini Glauser und seine atomkritischen Mitstreiter wieder vor dem Sitz des eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektors (Ensi) in Brugg versammeln. «In dieser Woche finden die Mahnwachen 767 bis 771 statt», sagt Glauser, der sich vom Demonstrationsverbot (az vom 16. Januar) nicht abschrecken lässt.

Unterstützung erhalten die AKW-Gegner, die seit dem Atomunfall im japanischen Fukushima am 11. März 2011 vor dem Ensi-Sitz demonstrieren, nun auch von der SP Aargau. Diese solidarisiert sich mit den Teilnehmern der Mahnwachen und reicht eine Einsprache gegen das Demoverbot ein.

Burgener: «Friedlicher Protest»

«Die Aktivisten vor dem Ensi nehmen ihr Recht auf friedlichen Protest wahr», sagt SP-Co-Präsidentin Elisabeth Burgener. Die Demonstranten seien nicht gefährlich - «gefährlich ist die Atom-

kraft», hält sie fest. Offenbar wolle das Ensi nun die unangenehmen Kritiker loswerden, vermutet Burgener. Ensi-Kommunikationschef Sebastian Hueber dementierte dies am Freitag und sagte, man pflege den Dialog mit den Mitgliedern der Mahnwachen.

Chopard: «Aktion kriminalisiert»

Burgener, selber in der Anti-Atom-Bewegung im Aargau aktiv, wirft dem Ensi vor, eine Politik nach dem Motto «aus den Augen, aus dem Sinn» zu verfolgen. Zusammen mit SP-Co-Präsident Cédric Wermuth und Nationalrat Max Chopard hat die SP-Grossrätin eine Einsprache gegen das Versammlungsverbot beim Bezirksgericht Brugg eingereicht. Chopard sagt dazu: «Die Versammlungsfreiheit ist ein verfassungsmässig garantiertes Grundrecht.» Für den SP-Nationalrat ist klar: Friedliche politische Aktionen dürfen nicht willkürlich kriminalisiert werden. (FH)